

Frankfurter Podium

Nachlese zum Frankfurter Podium vom 2. November 2009 in der LORENZ Systemhaus-Gruppe

„Über politische Lügen und Lücken“

Aus der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom Mittwoch, 04. November 2009

Provokativ lässt sich auch über Wirtschaft und Finanzen sprechen. Das zeigten die Diskussionsteilnehmer auf dem "Frankfurter Podium".



Irgendwie waren auch die "Kopftuchmädchen" anwesend. Zwar nicht leibhaftig, aber doch in den Köpfen vieler Gäste, die am Montagabend zum "Frankfurter Podium" der Lorenz-Systemhaus-Gruppe gekommen waren. Die Debatte der vergangenen Wochen lässt sich kaum ausblenden, wenn Thilo Sarrazin zu einer Diskussionsrunde unter dem Motto "Mut zur Wahrheit" eingeladen wird. Schließlich waren die Äußerungen des Bundesbankvorstands zur Integration türkischer und arabischer Einwanderer wochenlang das bestimmende Thema im politischen Feuilleton. Dass die Debatte an diesem Abend zumindest auf dem Podium nicht fortgesetzt würde, deutete sich jedoch früh an.

Als Finanzfachmann, der, "wenn er gefragt wird, durchaus seine Meinung sagt", wurde Sarrazin vorgestellt. Eine vornehme Umschreibung für jemanden, der in der breiten Öffentlichkeit vor allem wegen seiner pointierten Äußerungen über Hartz-IV-Empfänger, Beamte oder Zuwanderer bekannt

ist. Doch Sarrazin ist nicht nur Provokateur: Seit den siebziger Jahren war er in Regierungen und Unternehmen mit Finanzen betraut. Vor seinem Wechsel zur Bundesbank brachte er als Finanzsenator den Berliner Haushalt in Ordnung. Diese wirtschaftspolitische Expertise war beim "Frankfurter Podium" gefragt - von Sarrazin ebenso wie von seinen Mitdiskutanten, den Wirtschaftswissenschaftlern Rudolf Hickel und Michael Hüther sowie dem Publizisten Hugo Müller-Vogg.



Als Thema der Runde gab Moderator Hans D. Barbier, lange Zeit verantwortlicher Redakteur dieser Zeitung für Wirtschaftspolitik, den schwarz-gelben Koalitionsvertrag vor. Den Beweis, dass sich auch darüber prononciert reden lässt, blieb das Podium nicht lange schuldig.

Die Behauptung, mit einer Steuersenkung lasse sich das Wirtschaftswachstum ankurbeln, bezeichnete Hickel als finanzpolitische Unwahrheit. "Wenn man es deutlicher formuliert: eine Lüge", sagte der Bremer Universitätsprofessor. Gravierende Mängel habe der Koalitionsvertrag unter dem Gesichtspunkt der "Nachhaltigkeit", da etwa weltpolitische Ziele vernachlässigt würden.

Während Hickel auf dem Podium die Arbeitnehmerseite vertrat, nahm Hüther als Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft den unternehmerfreundlichen Gegenpart ein. In ihrer Kritik an der Bundesregierung blieben sie sich indes wenig schuldig. Hüther kritisierte vor allem die fehlende Festlegung, in welcher Zeit eine Konsolidierung erreicht werden solle, als "ganz große Lücke" im Koalitionsvertrag. Zudem bleibe die Regierung eine Antwort auf die demographische Frage schuldig. Die Politik müsse sich damit befassen, dass sich der Anteil der Menschen in der produktivsten Lebensphase in den nächsten Jahrzehnten halbieren werde. Ein Lösungsansatz sei etwa, dass Arbeitnehmer länger erwerbstätig bleiben.



Eine falsche Überschrift trägt die Willenserklärung von Union und FDP nach Meinung Müller-Voggs. Für einen treffenderen Titel halte er "Agenda 9. Mai 2010", denn die Koalition orientiere sich vor allem am Datum der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Um keinen Preis wolle die Regierung den Eindruck erwecken, der Vorwurf sozialer Kälte sei berechtigt. Deshalb scheue sie unbequeme Wahrheiten etwa in der Renten- und Sozialpolitik und nehme offensichtliche finanzpolitische Widersprüche in Kauf. Sarrazin stellte gar die polemische Vermutung auf, dass Angela Merkel das eigentliche Regierungsprogramm noch in der Schublade liegen habe. Schließlich werde die Kanzlerin "eine gewisse Basis-Intelligenz haben und kennt sich auch mit Grundschul-Mathematik aus".

Als eine Ursache für den seiner Auffassung nach fehlenden "Mut zur Wahrheit" macht Müller-Vogg die Erfahrungen der Agenda 2010 aus. Diese hätten nicht nur der SPD gezeigt, dass alle bestraft würden, die den Mut zu schmerzhaften, aber notwendigen Reformen hätten.

Noch pessimistischer als Müller-Vogg äußerte sich Moderator Barbier. "Offenbar ist es doch so, dass die Verfassung, die Demokratie insgesamt, die langfristig ausgerichtete Vernunft nicht unbedingt unterstützt." Als Beispiel nannte er die Rentengarantie, die ein ohnehin labil werdendes System noch einmal zusätzlich belaste. Die Konsequenz werde ein hoher Zuschussbedarf sein, der wiederum nur durch höhere Steuern finanziert werden könne. Aus Angst vor Stimmenverlusten scheuten sich Politiker aber, solche Zusammenhänge auszusprechen und danach zu handeln.

In diesem resignativen Ton wollte Hüther die Runde nicht enden lassen. Es sei zu einfach, der Demokratie oder dem föderalen System die Schuld zu geben. Trotz der Strukturen handelten Menschen. Diese seien in der Verantwortung, den Wählern ihre Politik immer wieder zu erklären und sie so auch für angeblich unpopuläre Reformen zu gewinnen.



Weitere Informationen:

LORENZ Orga-Systeme GmbH

Eschborner Landstraße 75

60489 Frankfurt, Germany

Telefon +49/69/78991-900

Telefax +49/69/78991-110

E-Mail: info@lorenz-orga.de / www.lorenz-orga.de